

ich hat
David)
ger.
t.
us,
1
S,
rche
nd
lagge
p. 17.
it
rt.
r,
nke
12.
3465.

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich bei postmässiger
Postsendung 2,50 M., durch die Post
2,25 M., ausser Zustellungsgebühr.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Im amtlichen Belegungs-Berichtnis
unter „Sonder-Beilage“ eingetragen.
Für unterjährl. eingehende Nummern
nicht freie Sendung übernommen.
Kassendruck nur mit Quittungsbogen:
„Sonder-Beilage“ gestattet.

Herausgeber der Redaktion Nr. 1140;
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1761; des
Abonnementsbureau Nr. 1138.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Hundertvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Separaten Kolonien
des neuen Raums mit 20 Bz., welche
aus Halle mit 20 Bz. berechnet und in
unseren Annahmestellen und allen
Kinnener-Expeditionen angenommen.
Retanen die Seite 75 Bz. für Halle,
andere 1 Bz.

Ercheint täglich einmal,
Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Verwaltung:
Halle, Gr. Braunschlagstr. 17;
Verlags-Geschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 127.

Halle a. S., Donnerstag, den 16. März.

1911.

Die Wahlurne.

Beim Etat des Reichsamt des Innern, der gegenwärtig den Reichstag beschickt, hat die Fortschrittliche Volkspartei beantragt, den Reichstanzler zu ersuchen, die Sicherung des verfassungsmässig garantierten Wahlgeheimnisses dadurch herbeizuführen, daß von Reichs wegen und auf Kosten des Reichs den Wahlbezirken einheitliche Wahlurnen geliefert werden, welche eine Verletzung des Wahlgeheimnisses ausschließen. Zur Begründung des Antrages hat Abg. Dr. Müller-Meinungen auf die schweren Unzulänglichkeiten hingewiesen, die sich gegenwärtig aus der Verwendung ungeeigneter Wahlurnen ergeben. Die Erklärung des Staatssekretärs Delbrück war immerhin bemerkenswert. Er bezeugte die Durchbrechung des Wahlgeheimnisses durch künstliche Manipulationen als unanständig und stellte in Aussicht, es würden vor den nächsten Wahlen die Behörden darauf aufmerksam gemacht werden, daß als Wahlurnen nicht Gefässe verwendet werden sollen, die zu Mißbräuchen Veranlassung geben können.

Diese Erklärung ist gewiß dankenswert. Aber damit ist keineswegs eine Sicherung geschaffen, daß auch tatsächlich die Befolgung von allen Stellen befolgt wird. Will die Reichsregierung wirklich das Wahlgeheimnis schützen, dann muß sie amtliche Wahlurnen einführen. Die Gründe, die gegen beratige Wahlurnen vorgebracht worden sind, haben nur den Sinn, daß die Regierung eben nicht durchgreifen will. Denn daß wirklich noch keine einwandfreie Wahlurnen erfunden sein sollte, das wird Herr Delbrück doch nicht ernstlich behaupten wollen.

Die Klagen über die Verwendung ungenügender Wahlurnen bei den Reichstagswahlen sind so alt, wie der Reichstag selber. In dem im Mai 1898 herausgegebenen Bericht der Wahlprüfungskommission über die Ergebnisse der Wahlprüfungen in der Legislaturperiode heißt es: „Teller, Biergläser, Zigarrenkisten und Tischschubladen wurden als ungeeignet zum Gebrauch als Wahlurne bezeichnet. Auch Korbgefäße, irdene Gefäße, Waschschüsseln, Koffer, Wechelmeyen, Eimer sind nicht selten als Wahlurnen verwandt worden. Diese Gefäße erleichtern heute mehr als früher, als der Stimmzettel zusammengepackt abgegeben werden mußte, ein Auseinanderlegen der Stimmzettelfurter und dadurch nach Schluß des Wahlatkes an der Hand einer leicht angulegenden Piste mit den Namen der Wähler in der Reihenfolge ihrer Abstimung beim Verlesen der Namen der Kandidaten auf den einzelnen Stimmzetteln die genaue Feststellung, wie jeder Wähler gestimmt hat.“

Vor einiger Zeit hieß es, daß die Wahlprüfungskommission beabsichtige, aus eigener Initiative einen Antrag einzubringen, zum Erlaß von Vorschriften über die Beschaffenheit und den Gebrauch der Wahlurnen. Bisher ist diese gute Absicht nicht zur Tat geworden. Ihre Durchführung aber ist eilig, sonst ist zu befürchten, daß bei den Reichstagswahlen vielfach abhängige Wähler lieber der Wahlurne fernbleiben, als daß sie sich der Gefahr von Schädigungen aussetzen, wenn sie trotz Isolerraum und amtlicher Stimmzettelfurter mit Hilfe einer unvollkommenen Wahlurne kontrolliert werden können, sobald sie bei der durch die Reichsverfassung garantierten geheimen Wahl ihre Stimme abgegeben haben. Schon bisher ist es bei Reichstagswahlen hier und da in der Stichwahl vorgekommen, daß Wähler, die sich an der Hauptwahl beteiligt hatten, zu Hause hiesigen auf Grund der üblen Erfahrungen mit dem Auseinanderlegen der Wahlzettelfurter in unzulänglichen Wahlurnen. Als vor den Wahlen von 1903 von konservativer Seite gewarnt wurde, daß die verbündeten Regierungen durch die neuen Vorschriften über die Einführung von Stimmzettelfurter und die Herstellung eines Isolerraumes den Grad der Geheimhaltung der Stimmabgabe nicht noch verschärfen sollten, erklärte Staatssekretär Graf Volzodosty am 21. April 1903 im Reichstag: „Reines Erachtens kann man den Grad der Geheimhaltung nicht verschärfen und nicht einen geringeren oder größeren Grad der Geheimhaltung anwenden. Entweder ist die Wahl eine geheime, oder sie ist keine geheime.“

Auf Grund dieser Auffassung darf mit Bestimmtheit angenommen werden, daß die Reichsregierung es als etne Ehrenpflicht betrachtet wird, alle Maßnahmen zu

treffen, damit die Reichstagswahlen entsprechend den Vorschriften der Reichsverfassung wirklich geheim sind und nicht nur bis zu einem gewissen Grade das Wahlgeheimnis gesichert ist.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

49. Sitzung vom Mittwoch, 15. März.

Am Ministertisch: v. Trott zu Sohl.
Präsident v. Kröner eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.
Die zweite Sitzung des

Kultusetats

wird fortgesetzt beim Kapitel „Technisches Unterrichtswesen“.
× Abg. Dr. v. Wonna (fr.) begründet einen Antrag, im nächstjährigen Etat Mittel für die Errichtung eines Laboratoriums zur Erforschung der industriellen Verwertung der preussischen Moore in Angliederung an die Technische Hochschule in Hannover vorzuschlagen. Die Moorflur liegt in Preußen noch sehr im Argen.
Abg. Marco (ntl.) spricht über die Bedeutung des Technischen Unterrichtswesens.

× Abg. Dr. Bell (Ztr.) wußt an allerhöchster Stelle bringt man dem technischen Bildungswesen größtes Interesse entgegen, wie die Kaiserreise bei der Einweihung der technischen Hochschule in Breslau zeigt. Die Techniker von unseren Hochschulen finden aber im Vergleich mit den Akademikern von der Universität an manchen Stellen noch nicht die gebührende Wertschätzung. Hierüber besteht mit Recht Unstimmigkeit. Entsprechend den Wünschen der Ingenieurvereine sollten auch die Vorlesungen über Nationalökonomie der Eigenart des technischen Berufs angepaßt werden, damit wir auch Verwertungstechniker bekommen. Es sollten nicht immer Juristen in die Verwaltung übernommen werden, sondern auch Techniker, Kaufleute usw. Kommunalverwaltungen tun dies schon in gewissem Maße. Es soll der Techniker mit dem Juristen gehen, sie beide stehen auf der Verwertungshöhe!

Abg. Dr. Faber (Ztr.) wünscht bessere Ausgestaltung der Maschinenlaboratorien an den technischen Hochschulen.

Der Antrag Dr. v. Wonna (fr.) wird einstimmig angenommen.

× Abg. Heine (ntl.) Die Professur für ländliche Bauten und landwirtschaftliche Funde in Danzig entspricht einem wirklichen Bedürfnis. Hier hoffen, daß ein günstiger Einfluß von dieser Professur auf den Bau von Kirchen, Schulen und sonstigen Gebäuden auf dem Lande ausgeht.

× Abg. Wener-Rottmannsdorf (fr.) begründet die Beschaffung eines Versuchsschiffes für die Schiffsmechanikausbildung in Danzig und wünscht eine sachgemäße Ausbildung der ausführenden Schiffsbaumeister.

Abg. Dr. Wagner-Breslau (fr.) wünscht die baldige Inangriffnahme der in Aussicht genommenen Bauten bei der Technischen Hochschule in Breslau.

Kunst und Wissenschaft.

× Abg. Dr. Wagnitz (Sp.): Bei diesem Titel ist in der Kommission von Sparlament gesprochen worden. Das wäre Sparlichkeit am unrichtigen Orte. Für die Kunst eine offene Hand. Das sind wir der Gesamtheit schuldig. Die finanziellen Opfer auf diesem Gebiete rentieren sich auch. Preußen war arm und konnte erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts der Kunstpflege größere Aufmerksamkeit widmen. Wie armlich nehmen sich die Gerichts- und Verwaltungsgebäude Preußens aus den früheren Perioden aus. Aber mit wachsendem Wohlstand ist auch das Verfeinern und Schmücken und Schönheit gelitten. Berlin ist mehr und mehr zur Kunststadt geworden, aber auch die Provinzialstädte haben sich in dieser Beziehung hervorgetan. Bei der Jubelfeier in Bayern haben wir gesehen, daß es der Erzherzog Bayerns, allerdings mehr der bayerischen Krone als der jetzigen bayerischen Volksoberleitung ist. München zu einer hervorragenden Stätte künstlerischen Schaffens zu machen. Es muß der Erzherzog der preussischen Krone und der preussischen Volksoberleitung sein, daß Berlin und die Provinzialstädte, die sich dazu eignen, dahinter nicht zurückbleiben. Die Kunst fördert aber ungeliebte Entwicklung. Es geht nicht nur nach Art, sondern auch nach Freiheit. Was war es, das diesem Protector artium, der letzten in wunderbarer Lebenskraft die Schwärze der Reuziger überstrichen hat, nachgerühmt worden ist? Er läßt die Künstler frei beschreiben in der freien Unerfährtheit, daß das Tüchtige sich durchsetzt und das das, was im Aere faul ist, von selbst zusammenfällt. Gleichberechtigung aller Kunstrichtungen ist eine Grundbedingung des Gedeihens der Kunst. (Beifall links.) Es fehlt uns auch noch eine Galerie historischer Porträts, wozu die königlichen Schlösser viel beitragen könnten. Die wertvollen Ausgrabungen in Libyria werden dem Museum für Naturkunde zugute kommen, aber auch im eigenen Lande sollten Ausgrabungen vorgenommen werden. Ein Geschick, das Ausgrabungen von Privatpersonen unterscheidet, sollte bald kommen. Wertvolle Funde sind unseren Museen durch private Ausgrabungen verloren gegangen. Die Sozialdemokratie hat Bedenken, daß das Privatkapital Gelder für wissenschaftliche Zwecke bergibt, es könnten kapitalistische Tendenzen sich dabei geltend machen. Das letztere dürfte wohl nicht zu befürchten sein. Aber man sollte das Privatkapital daran zehnden, mehr als bisher für Kunstzwecke und wissenschaftliche Zwecke zu geben. (Sehr richtig!) In diesem Fall sollten sich bei uns amerikanische Gewohnheiten geltend einbringen. In Amerika werden große Universitäten aus Privatmitteln unterhalten. Zum Schluß wünscht der Redner weitere Erhaltung der biologischen Station in Rovigno.

× Abg. Dr. Wagner (fr.): Dem Vorredner kann ich in allen Punkten zustimmen. Das ethnographische Museum liegt sehr im Argen. Die Verlegung eines Teiles nach Dahlem ist notwendig. Jetzt liegt alles in Rufen verpaßt. Es ist keineswegs entwürdigend, wenn das Privatkapital wissenschaftliche Zwecke unterstützt. In der Konzeptionierung von Musiklaboratorien geht man zu weit. Dadurch wird der Musikproletariat ausgeschlossen. Musikprüfungen sind mitunter schon als Scherz für den Markt monatlich. Die Konfessionen haben sich zu richtigen musikalischen Vereinen mit Privatbetrieben ausgebildet. Ein Konfessionarium hat hier in Berlin 10 Filialbetriebe. Man bringe also der Ausbildung in der Musik und den Wünschen der Musiklehrer mehr Interesse entgegen!

× Abg. Dr. Dieblich (Soz.): Die „Deutsche Tageszeitung“ hat in einem Artikel anlässlich der Geburtsfeier des Prinzenregenten in Bayern anerkannt, daß das demokratische Prinzip in der Kunst in Bayern die Kunst vorwärtsgebracht habe, im Gegensatz zum hohen Norden. Das muß wohl ein Sozialdemokrat geschrieben haben! Aber sie hat recht. Der Redner kommt dann auf den „Rundfunk“ zu sprechen, der ein großer Verbandsorganisationsmittel sei. In Theaterdritten hat er aus „Hole“, „Kiele“ und aus dem „Erzengel Gabriel“ einen „Schwiegerater“ gemacht. (Beifall.) Die Erstellung von Musikunterricht von einer bürokratischen Erlaubnis abhängig zu machen, würde durchaus verfehlt sein. Es ist nicht rarum, wissenschaftliche und künstlerische Institutionen von Privaten finanziert zu lassen. Die Art der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft läßt es fraglich erscheinen, ob dieses Institut der voranschreitenden Kunst wirklich dienlich sei. Die Korruption der voranschreitenden künstlerischen und wissenschaftlichen Jüngern wird viel zu sehr vernachlässigt. Bedauerlich ist, daß die zentrale Bühne und das Freiheitsbühnen sich nicht innerhalb der Staatskassone hat entwickeln können, sondern als freies Gewächs der Kunstwelt heranwuchs. Wir wünschen eine Unterfertigung der Bestrebungen, durch zentrale Bühnen dem Volk die Kunst zu erschließen. Die Kunst muß der Gesamtheit des Volkes dienen. Sie werden niemals den Siegesmarsch der proletarischen Kunst und Wissenschaft aufhalten. (Beifall bei den Soz.)

× Abg. Eichhoff (Sp.): Nach den Ausführungen des Vorredners möchte man glauben, daß Kunst und Wissenschaft im Norden im Argen liegen und daß das Hell nur aus dem Süden käme. Wir wollen die Verdienste Bayerns nicht schmälern; aber man möchte blind sein, wollte man die großartige Entwicklung auf diesem Gebiete in den letzten Jahren in Preußen übersehen. (Sehr richtig.) Die Jubiläen an der Kunstgewerbeschule in Berlin dürften einer baldigen Reform.

× Abg. Heine (ntl.) betont die Wichtigkeit der biologischen Institute in Helgoland, Stenpel und Rostock. Für diese Institute sollten größere Mittel bereitgestellt, den Beamten auf Helgoland eine Zulage gewährt werden.

Abg. Dr. Wagner-Breslau (fr.) schließt sich dem Vorredner an. Ein Schlußantrag wird angenommen, über eine Petition um Abänderung der Expeditionstellen in der Kgl. Bibliothek zu Berlin in Bibliothekssekretariatsstellen zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Dr. Hauptmann (Ztr.) wünscht Vermehrung der Stellen für wissenschaftliche Hilfsarbeiter am meteorologischen Institut in Berlin.

× Abg. Wente (Sp.) bebauert, daß die Regierung Mittel zum Ankauf von Naturdenkmälern in den Etat nicht eingestellt hat. Es ist damit nicht getan, daß man die Naturdenkmäler registriert. Wir verlangen die Vorlage eines Gesetzes, das die Zerstückelung von Naturdenkmälern verbietet. Der Redner tritt für Erhaltung der Botschaften in der Baukunst und der dortigen Wandmalerei ein. Bedauerlich ist die Ausrottung der Uhus im Riesengebirge. Theorie und Praxis in der Naturdenkmalspflege widersprechen sich aber sehr oft. Einer Deputation, die die Erhaltung des Klosterhofes bei Greibau bei Landesrat wünschte, erwiderte der Oberförster: „Ich was, icheren Sie sich zum Teufel mit Ihrem Heimatort!“ Hier gilt der Satz: Was du der Minute ausgefallen, bringt keine Ewigkeit zurück. (Beifall.)

Abg. Frick v. Wolff-Meternich (Ztr.): Trotz des Vogelzuggesetzes übertreiben Angelegenheiten schmücken unsere Damen ihre Hüte mit ausgestopften Vögeln.

Präsident v. Kröner: Damenhüte sind doch keine Naturdenkmäler! (Beifall.)

Abg. Dr. Schupp (Sp.): Im nicht dem Schicksal meines Vorredners zu verfallen, verzieht ich. (Beifall.)

Abg. Schreiner (Ztr.) fordert weitere Mittel für die Ausgrabung des Priester Kaiserpalastes.

Abg. Kunze (Sp.) tritt für die Erhaltung prähistorischer Denkmäler ein und empfiehlt die Befestigung der musikalischen Ballade — immer singen, immer singen! (Beifall.)

× Abg. v. Neumann-Grodenow (Soz.): Dem Abg. Dieblich sage ich: von Anhebung ist bei uns in Preußen keine Rede. (Zustimmung rechts.) Geheimrat Bode können wir bei der Verwertung der Museen nur vertrauen. Bedeutende Gemälde sollten nicht ins Ausland verkauft werden.

Es folgt die Besprechung des

Berliner Professorenfreis.

Berichterstatter ist Abg. Dr. v. Savigny (Ztr.).

× Abg. Schmedding (Ztr.): Es handelt sich um eine sehr peinliche Angelegenheit. Durch den Streit ist das Ansehen der Professoren in der öffentlichen Meinung herabgesetzt. Männer, denen es in erster Linie obliegt, unserer nach höherer Bildung strebenden Jugend als Mutter voranzugehen, sollten alle schärflich auf ein Uebermaß von Egoismus beruhenden Zwistigkeiten vermeiden. Auch muß man hierbei auf eine offene Wunde an unseren Universitäten hinweisen, auf das unerquickliche Claquewesen. Der Minister würde sich ein Verdienst erwerben, wenn er dieses Claquewesen ausrotten würde. (Beifall im Ztr.)

× Abg. Eichhoff (Sp.): Das Ministerium hat in dieser peinlichen Sache nicht immer eine glückliche Hand gehabt. Der Streit ist nicht aus sachlichen, sondern nur aus persönlichen Motiven ent-

handen. Professor Bernhard hat sein Versprechen in dem Revue über die Vereinfachung der Hauptbestimmungen nicht gehalten. Er hat sich zuerst dem Schiedsgericht fügen wollen, es aber am nächsten Tage abgelehnt. Darin scheint er zum Ministerium bekehrt worden zu sein. Sein Vorwurf gegen Professor Sehring, daß dieser geglaubt hätte, kann nach dem Urteil der Kommission nicht erhoben werden. Bernhards ganzes Verhalten ist zum Ministerium entscheidend beeinflusst worden. Dem Rektor gegenüber hat Bernhard eingeladen, daß er eine Klotz in einer Zeitung veranlassen habe, und hinzugefügt, er wolle die Presse beruhigen und auch Garantie leisten, daß die Professoren aus dem Ministerium anhören. (Hört, hört!) Der Minister, der eine Disziplinarmittelung gegen Bernhard ablehnt, scheint kein Verhalten etwas zu mühe zu beurteilen. Later des Urteil ist jeder Männer wie Barnard, Klotz, von Witkowski, Mollenhoff darf man nicht so leicht hinweggehen. Wie konnte Professor Bernhard nach der Eingabe der gesamten Fakultät an den Minister noch zweifeln, daß er nicht in der Berliner Fakultät bleiben könne? Gewiß ist auch von anderer Seite gefordert worden, aber das Verhalten dieser Männer heißt turnhoh über dem dem Professor Bernhard, der übrigens nur aus politischen Gründen berufen wurde. Uebrigens wird man Professor Bernhard, diesem talentierten, lebhaften jungen Manne, mißwendige Umstände nicht verargen. Möge der Minister durch eine andere Verwendung Bernhards, der er selbst zustimmt, verhüten, daß sich der Streit zu einem großen Kampf zwischen Universität und Ministerium auswidert. (Sehr großer Beifall links.)

× Kultusminister von Troitz zu Solz: Die einzige mögliche Lösung war eine Verständigung zwischen den streitenden Professoren. Ich war immer bestrebt, sie herbeizuführen. Die erste Verständigung ist durch den Artikel der Westfälischen Zeitung, an dem Professor Bernhard mitgewirkt hat, wieder in Frage gestellt worden. Die Professoren Sehring-Schmoller-Wagner haben in übertriebener Empfindlichkeit daraufhin den unglücklichen Kampf wieder angefangen. Sie haben die eigene Persönlichkeit, um sie unter allen Umständen zu rechtfertigen, so sehr in den Vordergrund gestellt, daß sie die erforderliche Mäßigkeit auf die Universität nicht genommen haben. (Sehr richtig! rechts.) Dem Professor Bernhard kann Wortbruch nicht vorgeworfen werden. Die Fakultät wußte, daß Professoren nicht verjährbar sind, sie hätte diese Bitte an mich unterlassen sollen. (Sehr richtig!) Die Wortworte gegen das Ministerium, das es sich irgendwenn aus Protestpolenisse betriebe, sind vollständig unberechtigt und entziehen jeder Grundlage. Das Ministerium erteilt der Presse nur Auskünfte über tatsächliche Sachverhalte. Daraus, daß sich Professor Bernhard in schwieriger Situation bei dem Personalbegegnen des Ministeriums Rat hat, kann ihm kein Vorwurf gemacht werden. Irigend ein Konflikt zwischen Universität und Ministerium besteht gar nicht. Unrichtig ist, daß das Ministerium die Haltung Bernhards immer gefühlt habe, es ist durchaus das Betreiben verfolgt worden, vernehmend und vermittelnd zu wirken. Bernhard hat fälschlicherweise sein Schicksal zu einer Zeit, wo er schon den Behauptung für Berlin hatte, in die Hand der Fakultät gelegt. Was soll nun geschehen? Professor Bernhard kann ich nicht verzeihen. Die Beteiligten werden sich schließlich doch zu ruhiger Beurteilung der Dinge durchringen und die Zeit wird heilen, was jetzt noch bestritten. Daß in so großen Fakultäten wie der Berliner Persönlichkeiten sind, denen man persönlich fernsteht, ist unermesslich, aber nicht unzerstörlich. Mein Ziel war die Verständigung zwischen den Beteiligten, das war auch das Ziel der Finster-Kommission; ich beuene die nicht allzu große Meinungsverschiedenheit. (Verzögerter Beifall.)

× Abg. Knebel (lit.): Wir wünschen Schonung der historischen Rechte der Universität. Fehler wurden auf beiden Seiten gemacht, die Fakultät muß, nachdem die erste Leidenschaft verlogen war, ihre Eingabe als unhaltbar erkennen. Die Universität muß sich selbst helfen, der jüngere Teil muß sich bewußt sein, daß er sich noch nicht eingelebt hat, daß er keinen Fehler macht, der ältere mit der langen Erfahrung muß es verstehen, Brücken zu bauen.

× Abg. Dr. Lehmann (nt.): Im wesentlichen liegt das Unrecht auf Seiten Bernhards, das hat die Kommission festgestellt. Wir erkennen diese Gestalt doch als für eine große Defensivfunktion an. Das Kultusministerium scheint von Schuld nicht frei zu sein. (Sehr richtig! links.) Es hat die Unterwerfung Bernhards unter das Schiedsgericht verhindert. Die Kommission hat trotz ungeschöner Verhaltens Bernhards Licht und Schatten gleichmäßig verteilt. Hätte sich Bernhard diesem Schiedsgericht unterworfen, so wäre der Konflikt glücklicherweise durch den Welt geschafft worden. In der Budgetkommission hat der Kultusminister erklärt, aus dem Ministerium seien überhaupt keine Mitteilungen an die Presse gelangt. Tatsächlich besteht viel Wahrscheinlichkeit dafür, daß aus dem Ministerium auf die Presse eingewirkt worden ist. Der Artikel Hinneberg in der „Täg. Rundsch.“ zeigt, daß ein Herr im Kultusministerium lebhaft Partei genommen hat. Ich glaube nicht, daß die Fakultät die Weisheit hat, den Minister zu einem Eingreifen zu veranlassen. Wir ergehen es nicht anmaßlich, daß das dauernde Verbleiben von Professor Bernhard in einer Fakultät, die ihn so einmütig ablehnt, nicht förderlich sein kann. (Beifall.)

× Kultusminister v. Troitz zu Solz: Ich beizette, in der Kommission und hier im Hause einander widersprechende Mitteilungen bezüglich der Presse gemacht zu haben. Wir sind an diesen Stellen nicht beteiligt. Ich habe aus Ersehen des Professors Hinneberg nur den Vorlesungsbericht bitten lassen, daß er in dem Streit Zurückhaltung übe und namentlich Angriffe gegen Professor Sehring unterlasse. Das geschah auch. Das übrige ist Klotz.

× Abg. Graf v. Haußmann (kon.): Das Zusammenbringen des Vergleichs war verzeihenlich. Ich bin überzeugt, daß Professor Bernhard bona fide handelte. Ein Wortbruch seitens des Professors Bernhard liegt nicht vor. Die Universität Berlin erteilt seit diesem Streit einen lächerlichen Schaden. Es ist der Universität nicht möglich, Professor Bernhard einem vollständigen Boykott zu unterwerfen. Wir würden es bedauern, wenn wir bei der Entscheidung über die Frage der Erweiterung der staatlichen Besoldung die hinsichtlich der Ablehnung der Professoren in die Freiheit der Universität eingetreten müßten.

× Abg. Krawinkel (Voll): Professor Bernhard hat sich wissenschaftlich kaum die Ehre verdient. Für seinen Charakter ist bezeichnend, daß er bei einer Frucht durch die Schranken, wo er Klotz ist für ein Buch sammelte, sich von Gelehrten, Vertretern politischer Genossenschaften, bewirteten, sich mit ihnen vertrauliche Unterredungen hatte und sie dann in seinem Buche als haarsträubend bezeichnete. (Wahrhaftig im Zentrum und bei den Voten.) Wir zweifeln daher an der Wahrheitsliebe des Herrn Profos als Bernhard.

Präsident v. Bülow: Weitere Bemerkung geht zu weit. Ein Schlussantrag wird angenommen. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. Rest des Kultusrats. Schluss 6 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

148. Sitzung am Mittwoch, den 15. März, 1 Uhr.
Am Tische des Bundesrats Dr. Delbrück.

Der Etat des Reichsamts des Innern. (Weiter Tag.)

× Abg. Graf Czarnez-Jeliewski (kon.): Graf Kautz hat schon seiner Freude über die agrarfreundliche Haltung der Nationalliberalen Ausdruck gegeben. Aber der Sanalband konzentriert Gegenstände zwischen der Landwirtschaft und der Industrie. (Widerpruch links.) Die Sozialpolitik befaßt besonders den gewerblichen Mittelstand, das Maßstab an deren Wohlstand. Die Sanalband hat sich um die unglücklichen Konfessuren, ferngehalten werden. Der Redner empfindet seine Resolution auf Einführung einer Bedürfnissteuer für den Betrieb von Wandertagern. Sie führen hauptsächlich Kammschwarzen und verletzen das Publikum zu unnützen Ausgaben. Geradezu verwerflich ist, daß Kommunal- und Staatsbeamte einen schwingenden Handel betreiben. Das entspricht nicht der Würde unseres Staates. Die Warenhaussteuer sollte erhöht und die Konsumvereine allgemein entsprechend befreit werden. Der Redner spricht ferner über die Schulbildung, die eine nationale Gefahr geworden ist. Das Weib wurde nur noch als ein Objekt der Lustbarkeit behandelt. Das ist eine Herabwürdigung der weiblichen Frau. Wir wünschen demnach schon an der Spitze der Nationen die Schulbildung nicht weiter zu fördern. Der Redner spricht weiter über die Automobilindustrie, die ganz außerordentlich zurückgegangen ist. Die Schnelllebensart lasse man jetzt auch in Automobilreifen fallen, sie eine eigene Bahn da ist, aber auch die Qualitätsprüfungen schädigen die Chausseen. Der Redner fragt, wie es mit der Zwangsversicherung für Automobilbesitzer stehe.

× Staatssekretär Dr. Delbrück: Gegen den Mißbrauch in Bezug auf den Detailhandel der Beamten sind Anweisungen ergangen; eines Gehebes bedarf es nicht. In der Frage der Befreiung der Warenhäuser und Konsumvereine ist die Landesgesetzgebung zuständig. Die schmerzlichen Mißstände auf dem Gebiete der Schulbildung gebe ich durchaus zu. Eine Verbesserung der Gesetzgebung ist aber nicht erforderlich. Die bisherigen Bestimmungen sind im wesentlichen die besten, die gegenwärtige unrichtige Literatur mit Energie angewendet werden. Gegen die Schulbildung ist ein gesetzgeberisches Einschreiten sehr schwierig, da es sehr schwer ist, festzustellen, was unter diesen Begriff falle. Die Vorläufe der Bundesstaaten in dieser Richtung gehen dahin, die Kolportage im Wohnorte des Kolporteurs zu verbieten, mehr als bisher zur Befristung zu greifen und auch die Strafmaßnahmen zu verschärfen. Die Automobilweltfahrten als Geschwindigkeitssfahrten werden ganz verschwinden, aber die Zuverlässigkeitssfahrten sind nicht zu entbehren. Die Landeszentralbehörden werden aber für die Wahrung der Rechte der Arbeitnehmer in der Betracht kommenden Straßen Sorge tragen.

× Abg. Giesberts (Zit.): Wir bedauern die Haltung der Regierung zum Arbeitsmarktergesetz. Es hätte ganz gut noch in dieser Session verabschiedet werden können, wenn die Versicherungsordnung und das Hausarbeitgesetz. Der Redner wendet sich gegen die abschließende Kritik der Sozialdemokraten an der sozialpolitischen Tätigkeit des Reichstages. Es sind eher zu viel Gesetzentwürfe eingebracht worden als zu wenig. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Sozialdemokraten sollten die Nationalliberalen veranlassen, ihren Widerstand gegen die Arbeiterstatute aufzugeben. Wenn sie drohen würden, im Belegungsfall die Nationalliberalen bei den nächsten Wahlen nicht zu unterstützen, so würden sie sicher ihr Ziel erreichen. (Lachen bei den Soz.) Die größten Gegner der Gemeinwohlbewegung sitzen in den Reihen der Sozialdemokraten. (Lärm bei den Soz.) Die Befreiung der Arbeitsmonopolisierung, die jetzt von der Sozialdemokratie systematisch vorbereitet wird, ist viel schlimmer als die ärgste Schärfergesetz. Der sozialdemokratische Antrag lautet: „Ohne Not sein Wort (Sehr großer Zustimmung.) Wir werden die Freiheit der Arbeiter gegen jeden Terrorismus aufrecht erhalten. (Beifall im Zit.)“

× Abg. Schaeje (Soz.): Als in diesen Reden schon christliche Arbeiterfreunde eingezogen, da sind ihnen der Himmel voller Geigen. Was haben aber die sieben Schwaben — hätte ich beinahe gesagt — denn hier geleistet? Das bürgerliche Zentrum hat sogar eine Resolution in der Kammer eingebracht, wonach alle Sozialdemokraten aus den Staatsbetrieben gejagt werden sollen. So sieht das arbeiterfreundliche Zentrum aus! Ich könnte tagelang über Ihre Verbrechen reden. Sie treiben ein schändliches Spiel mit den Arbeitern. Herr von Gamp, Dr. Stresemann und Herr Kautz haben über Terrorismus geredet. Herr von Gamp sollte sich um den Terrorismus der Eberfelder Fabrikwerke kümmern, wo er ja ein großes Wort mitzureden hat. Und Herr Kautz hat seine Säule und das Schindelfeld. Über nationalsozialistischen Terrorismus aber haben die Nationalliberalen. Der Redner lehnt alle Maßnahmen gegen die Warenhäuser ab und fordert ein Reichsberggesetz.

× Abg. Schmalz (nt): Herr Behwelder, daß in den städtischen Provinzen der Reichsfiskus angesehene Mittelgebrauch der juristischen, wenißigen und lituanischen Sprache in Verhandlungen durch die preussischen Landesbehörden gehindert werde.

× Abg. Goltz (Wa.): Ich erinnere mich noch der Zeit, da die Nationalliberalen den Zolltarif einfach für schändlich hielten. Unter einem gewissen Druck scheinen sie sich jetzt daran gewöhnt zu haben. Der Redner spricht gegen den „gelehrten“ Grafen Kautz und die Politik des deutschen Landwirtschaftsministeriums. Der Reichsamt macht wieder erkleckliche Fortschritte in der Welt. Wir müssen endlich unsere bisherigen Verwerfungen gegenüber dem Grafen Kautz mit auch in seine große Sozialpartei aufnehmen. Den Nationalliberalen reicht es jedoch zu, Ernst keine Jurist, es ist alles vergeben! (Heiterkeit.) Wenn die Nationalliberalen dem Ruf Folge leisten würden, so würden sie in den Armen der Rechten laßt einschließen. Die Rechte fürchtet die Wahlen, es wird brenzlich für sie. (Lachen rechts.) Wir machen jedenfalls nicht mit, wir bleiben die Alten. Auch den Nationalliberalen gegenüber besteht für uns ein Trennungspunkt. Darüber wollen wir keine Unklarheit lassen. Wir erkennen aber an, daß die Nationalliberalen in letzter Zeit uns erheblich näher gerückt sind. (Hört, hört! rechts.) Wir sind dankbar dafür, daß sie in der Finanzreform festgeblieben sind und daß sie jetzt in sozialen und politischen Fragen eine Haltung zeigen, der wir unsere Anerkennung nicht verweigern können. (Sehr gut! links; Hört, hört! rechts.) Die Rechte sind von uns getrennt und sozialer Geist erfüllt. Da können wir ein ernstes miteinander marschieren. Dann werden wir nach der Zurückweisung des schwarz-blauen Votums (Lachen rechts und im Zit.) auch den Gegenstand des preussischen Polizeigesetzes zu Liebe geben können. (Beifall links.) Der Redner spricht gegen den Zentralverband Deutscher Industrieller, dessen Geschäftsführer Zweck jede Unklarheit verleihe, wenn er gegen den als Gast anwesenden Staatssekretär in einer Dinerrede gegenwärtigen eine „Disziplinarmittelung“ einleite. Herr Delbrück sollte bei der Annahme

von Dinerereignissen vorsichtiger sein. Wer freilich, die Herren sind ja abhängig von Junkern, Schloßbaronen und Büffeln. Das Zentrum legt jetzt ganz in agrarischem Geiste. Auch das Unternehmertum steht voll Terrorismus. Der Redner spricht für den Abschluß von Tarifverträgen und fordert ein Reichsberggesetz.

× Abg. Waiba (Soz) beklagt den Niedergang der Höhe in oberflächlicher Industriebeizung und führt Behwelder über die schlechte Behandlung der Arbeiter im oberflächlichen Industriebezirk, besonders auf der Donnersmard-Grube. Bei uns sind die Rechte nicht so objektiv wie in Berlin; wir wünschen uns Woodier Richter. Der Redner gibt in äußerster Erregung Schilderungen von den Verhältnissen der Arbeiterarbeit und ihrer Gärungen in seinem Spargel und verarmt durch die überaus drückende und erdrückende Art seiner Rede. Was gelamte Haus um die Arbeiter. Einige Zentrumsglieder laden während der Ebermatters des Reichens, dem das ganze Haus aufmerksam zuhört. Der Abg. Schöppin tritt darauf zum Abg. Reder-Ursberg herüber: Schöne Arbeitervertreter sind Sie im Zentrum. Als der Redner unter lautem Beifall der Voten und der Sozialdemokraten schließt, ruft Schöppin: Was sagt Herr Delbrück dazu?

Ein Schlussantrag wird gegen die Linke angenommen. Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Graf Kautz (kon.), Franz-Jonh (Zit.) und Hensbach (Soz.) wird das Gehalt des Staatssekretärs bewilligt.

Dann wird über die zu diesem Titel vorliegenden Resolutionen abgemittelt. Angenommen werden die Resolutionen der Konfessionsvereine über die Zusammenfassung von Arbeitervereinen, der organisierten Handwerker, ferner über die Warenhäuser, die Unterbindung des heimlichen Warenhandels, der Voten und Sozialdemokraten auf Erlass eines Reichsberggesetzes, der Nationalliberalen über das Petroleummonopol, über die Gleichstellung der weiblichen Beamten mit den Handlungsgehilfen in Bezug auf die jeweiligen Bestimmungen des Handelsgesetzes sowie Ausübung dieser Bestimmung auch auf die Gehilfen der Rechtsanwaltschaft, die Unfallversicherung für freiwilligen Rettungsarbeiten, ferner die von Mitgliedern aller Parteien unterzeichnete Resolution hinsichtlich der Einhebung einer Sachverständigen-Kommission zur Schaffung einer deutschen Empfindungsgraphie, die Zentrumsgesellschaften auf Einschränkung des Detailhandels und Aufhebens eines einheitlichen Maßsystems, sowie Zusammenlegung kleinerer Wahlen, bezieht sich auf die Rechte angenommen. Die Sozialdemokraten und Freireichigen rufen der Rechten zu: Wahlrechtänderung. Donnerstag 1 Uhr Weiterberatung. Schluss 7 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Die Kali-Propaganda in der Budgetkommission.

Ueber die Mittwochssitzung ist zu berichten: In der Aussprache über die Verwendung der Kalialagen beantragen die Nationalliberalen, um die Bestimmung des Referendums außer Zweifel zu stellen, ausdrücklich die Bestimmung: Referendums zur Hebung des Kalialabes. Die Volkspartei und die Sozialdemokraten wollen die Propagandabelagerer gegen die Hebung des Kalialabes, zu wissenschaftlichen und praktischen Versuchen im Inlande gegen Verwendungsabweis in halbjährlicher direkter Berechnung. Unter Umgehung der übergebenen Zwangsvereine sind die Beiträge unmittelbar den beteiligten Stellen zu gewähren. Der nationalliberale Antragsteller hält es für das richtige, die spezifizierten Beiträge sämtlich zurückzugeben. Man solle zur Regierung Vertrauen haben und sich die Gelder gemäß den von ihr in der Kommission abgegebenen Erklärungen überlassen. Einen Referendums ansetzen, sei ein finanzrechtliches Übel, solange die Zweckbestimmung fehle.

Ein Vertreter der Volkspartei äußert sein Bedauern über das Ausschließen einer Antwort darüber, was der Staatssekretär zu tun gedenke. Er könne doch wenigstens seine persönliche Ansicht über die Verwendung der Propagandabelagerer äußern. Aus dem Schweigen der Regierung müßten die Konsequenzen gezogen werden. Man werde im Lande glauben, die Regierung scheue sich, Farbe zu bekennen unter dem Druck des Bundes der Landwirte. Der Redner wendet sich dagegen, politische Gesichtspunkte mit wirtschaftlichen Fragen zu verquiden. Der Spezialistenangehörige habe Schriftsteller gelitten. Es müßten lediglich Mittel ausgerufen werden für 1. die Ausführung des Kalialabes, 2. die Propaganda im Auslande, 3. die Propaganda im Inlande, 4. die Kulturen in den Kolonien und 5. zur Bildung eines übertragbaren Fonds. Nach den Ausführungen von konfessioneller Seite sei es keinen Freunden angelegentlich geworden, als die Konvention für die Propaganda im Auslande nach dem Referendum zu stellen, wodurch die Konkurrenz der ausländischen Landwirtschaft im Inlande werde. Vor allen Dingen müsse verhindert werden, daß die Erträge der politischen Propaganda zugute kämen. Die Landwirtschaft solle den Nutzen haben, nicht eine politische Organisation. Die Bildung eines Referendums entspräche nicht dem Etatredt; es könne lediglich ein übertragbarer Fonds gebildet werden.

Unterstaatssekretär Richter legt dagegen Behauptung an, daß sich die Regierung um die Verantwortung der Frage, ob der Bund der Landwirte Propagandabelagerer erhalte, herauszuheben versuche. Wenn der Bund der Landwirte nachwies, daß er die Gelder zur Hebung des Kalialabes verwendet, so soll er sie erhalten. Der Bundesrat kann keine Entscheidung darüber treffen, welche Organisationen politisch sind. Der Regierungswegweiser mündet sich gegen die weitgehende Spezialisierung in den Anträgen.

Bundesminister Sydow gibt für sein preussisches Referat die gleichen Erklärungen ab wie der Unterstaatssekretär für das Reichsamt des Innern. Von fortschrittlicher Seite wird eine Resolution eingebracht, die die veränderten Regierungserklärungen, auch für Kautz die Rabatte sofort festzusetzen.

Der Wortführer der Sozialdemokraten wundert sich über die bloße „Begriffshäufung“ der Regierung, sobald es sich um den politischen Charakter des Bundes der Landwirte handele; bei den sozialdemokratischen Jugendvereinen finde sie ja sofort die politischen Zwecke heraus. Der Wortführer der Freireichigen habe für billige Kalipreise zugunsten der Bauern gekämpft, während die Führer des Bundes der Landwirte aufeinander und in Unterwelt in hohen Rabatten hätten. Der sozialdemokratische Redner erinnert daran, daß das Zentrum zuerst den Ausdruck „Schmitz“ als Konfessionskonferenz geprägt habe. Es sei nicht Schuld der Budgetkommission, daß viele Details in dem schon so viele Tage belästigende, hätte die veränderten Regierungserklärungen sofort eine Spezialisierung dem Reichstag vorgelegt und mit der Bezeichnung bestimmter politischer Vereine endlich gebrochen, so wären die Erörterungen erspart geblieben, die bis zur wirklichen Sanierung im Reichstag und Presse nicht aufhöret würden.

Handelsminister Sydow erklärt, der Einfluß des preussischen Reiches auf das Zolltarifgesetz habe, außer das es auch keinen Einfluß auf die Verträge des Zolltarifgesetzes.

Der Wortführer der Konserverativen gibt eine eingehende Darstellung von der Art der Zehung der Rollen. Seine Freunde und er hätten ein Interesse auch an der Rollenfreiheit der Rollen, die nicht beim Empfang gezogen werden, sondern auf dem Wert auf Veranlassung des Empfängers. Der Redner legt scharfe Bemerkung ein gegen die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners; beim Rollengesetz hätten seine Freunde keine Anträge auf Herabsetzung der Rolle gestellt, weil sie nicht die Gewohnheit hätten, antiquarische Anträge zu stellen, deren Annahme nicht durchzuführen sei.

Ein Sprecher des Zentrums gibt dem Bundesrat die Schuld an der Debatte insofern, als er nicht die Ausführungsbestimmungen erlassen und den Etat spezialisiert habe. Wegen der Preisfestsetzung hätten die Konserverativen überhaupt keine Anträge gestellt. Die höchsten Preise hätten die Nationalliberalen beantragt, die niedrigsten ein Zentrumsmittglied und die zweitniedrigsten die Freisinnigen. Die Zurechnung der Propagandagelder an die kleinen Verbände sei ganz ungewöhnlich, weil diese nicht in der Lage seien, die Beträge richtig zu verwenden. Der Ausdruck „politische Organisationen“ sei zu allgemein. Die Erklärungen des Ausschusses hätten wegen des Nachweises der Verwendung seien unzutreffend.

Das Zentrumsmittglied mit dem politischen Mandat betont nachmals den materiellen Zusammenhang der Rabatte mit den Propagandageldern. Die großen Verbände haben ein Kompromiß mit dem Zolltarif abgeschlossen, bei Feststellung der Zufuhrgebühr zum Schaden der Landwirtschaft. Für den Fall, daß wirtschaftlich anderswo kein Gefährdung werden sollte, müßte für ein möglichst großes Abgabegeld gefordert werden. Ein nationalliberales Mitglied der Kommission betont, daß der Landwirtsch. Redner nicht politische Propaganda treiben dürfe. Die Rabatte müßten so festgesetzt werden, daß auch die kleinen Händler bestehen könnten, zumal diese die kleinen Landwirt Kredit geben.

Die Ansprache wurde nunmehr geschlossen. Am Donnerstag findet zunächst die Abstimmung über die Verwendung der Propagandagelder statt. Dann soll nach Erledigung der zum Reichstag des Innern vorliegenden Petitionen die Rolldebatte fortgesetzt werden.

Zum Fall Yatho

ist von Mitgliedern der preussischen evangelischen Landeskirche nachstehende Eingabe an den Evangelischen Oberkirchenrat gerichtet worden:

Am unserer evangelischen Kirche und der evangelischen Freiheit willen, die unser gutes Recht ist, erheben wir Einspruch dagegen, daß der Kölner Gemeinde der von ihr verordnete Seelsorger und Pfarrer Yatho gegen ihren ausdrücklichen Willen durch das Kirchenregulativ entlassen werden soll. Der Grund der evangelischen Freiheit muß in seiner ursprünglichen Kraft der Kirche der Reformation erhalten bleiben. Für selbständige, religiöse Persönlichkeiten, für Männer, denen es gelungen ist, evangelisches Leben in den der Kirche entfremdeten Herzen und Kreisen zu wecken, muß Raum in der evangelischen Kirche sein. Der Gemeinde darf ein solcher Pfarrer nicht genommen werden. In tiefer Besorgnis um das Erbe der Reformation, die Glaubensfreiheit unserer Gemeinden, bitten wir unsere Kirchenbehörde, dies Paladium unserer evangelischen Kirche zu schützen.

Die Politik der preussischen Domänenverwaltung

beschloß am Dienstag Ministerialdirektor Dr. Thiel im Klub der Landwirte. Bemerkenswert war aus seinen Ausführungen, daß der Staat den Versuch unternommen habe, bei den Verhandlungen von Domänen, die bekanntlich auf 18 Jahre abgeschlossen werden, nach Möglichkeit das Risiko für den Pächter zu verringern. Das hängt nicht allein von den wechselnden Entwertragspreisen ab, sondern kann unter Umständen durch die Steuererhebung hervorgerufen werden. Jede doch ein Pächter allein durch die Liebesgabe - der Vortragende verleierte sich alsbald, indem er in der Wiederholung des Wortes „logenante“ hinzufügte, seine Pacht. Durch die Kontingentierung könne dieser in große Schwierigkeiten geraten. Der Reinertrag aus den Domänen betrug 2,78 v. S., was gar keine schlechte Verzinsung bedeutet, da der Staat hierbei so gut wie gar kein Risiko habe und mit seinen Domänen erheblicher und nationale Aufgaben verfolge.

Die Verfassungsfrage

Die Bestimmungen in der Verfassungskommission für die Wahlverfahren von Wittwoid lassen bereits einen gewissen Schluß zu auf die Schlussabstimmung der Parteien. Danach dürften die Konserverativen sowie die sozialistische Vereinigung bei ihrer ablehnenden Haltung bestehen, die Reichspartei mit den Nationalliberalen und der Volkspartei für die Verfassungsreform stimmen, während die Haltung des Zentrums ungewiß bleibt.

Nach den Sozialdemokraten ist anzunehmen, daß sie zwar gegen das Gesetz stimmen werden, aber dafür sorgen werden, daß ihre Stimmen nicht gezählt werden, wenn die Gegner des Gesetzes nur durch den Zutritt ihrer Stimmen die Mehrheit für sich erlangen und damit für das Scheitern der Verfassungsreform den Ausschlag geben würden.

Kleine vermischte Nachrichten.

Bei den 19 Reichstagsnachsahlen seit Gründung des schwarzblauen Bunds haben nach einer Statistik des „Bor.“ die abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen um 35 681 zugenommen. Die Zunahme der Wählerberechtigten beträgt ungefähr 25 000. Für die bevorstehenden Reichstagswahlen hat die Sozialdemokratie bereits in 866 Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt. Nur 11 Wahlkreise sind bis jetzt noch unbesetzt. Für 8 Wahlkreise wird die Aufstellung eines Kandidaten angedeutet, während für Königsberg-Bischhafen, Diederichsen und Saarburg der „Bor.“ keine Angaben macht. Eine Dresdener Bestimmung von Vertretern der Eisenbahnen sollte sich durch die Schiffahrtsabgaben allein im Elbegebiet der Ertrags von 2000 Kleinrenten äußerst gefährdet werde; dazu kamen Bundesrat an der Elbfährt beteiligte Kleinrentner auf der Havel, den mährischen Wasserrenten und der Oder. Die Verammlung forderte die Mittelstandsrentner auf, im Reichstag gegen die Abgaben zu stimmen. - Zum Fall Soxhlet Wagner erklärte der heilsche Minister des Innern in der heilschen Reichstagskammer, daß wegen des noch schwebenden Verfahrens zurzeit ein Urteil über die Schuldfrage nicht zulässig sei. Wegen der gegen Prof. Wagner erhobenen Verdächtigungen sei ein

Verfahren gegen Prof. v. Soxhlet eingeleitet. Die Voruntersuchung sei noch im Gange; es sei deshalb auch das gegen Prof. Wagner von der Regierung eingeleitete Disziplinarverfahren ausgesetzt worden.

Die Einführung der freien Arztwahl in der Armenpflege der Stadt Berlin war in der letzten Sitzung der Armenverwaltung unter Vorsitz des Stadtrats Kästlich Gegenstand längerer Beratung. Der Verein der freigewählten Kassenzärzte hatte sich in einer Petition um verfassungsmäßige Einführung der freien Arztwahl in einem neuen Wechselsystem an den Magistrat gewandt. Die Armenverwaltung hat nun nach längerer Debatte fast einstimmig beschlossen, von der Einführung der freien Arztwahl Abstand zu nehmen.

Der Theaterproseß gegen den König von Preußen. Der Kammerherr des Hoftheaters in Hannover Boris Brud war, wie feinerzeit berichtet, aus seiner Stellung plötzl. entlassen worden, weil er sich über seinen Chef, den Direktor Barnau, mehrfach ungebührlich geäußert habe. Wegen dieser angeblich nicht gerechtfertigten Entlassung verflachte Brud den König von Preußen. Vor dem Berliner Kammergericht angeklagten „Geheimen Kuitzrat“, dem Gerichtshaus aller Angelegenheiten, die gegen den König von Preußen gerichtet sind, wurde am Mittwoch über den Rechtsstreit verhandelt. Wie das „B. Z.“ erzählt, oblagte der König, der durch den Rechtsanwalt Artur Wolff vertreten war, Brud wurde mit seinen Ansprüchen abgewiesen.

Hof- und Personalnachrichten.

Das Kronprinzenpaar.

wird nach his Ende dieses Monats in Kairo bleiben und sich dann nach Korfu begeben, wo es vom 1. bis 3. April zum Besuch des Kaiserpaars Aufenthalt zu nehmen gedenkt. Hieran schließt sich die Reise nach Rom, wo der Kronprinz und die Kronprinzessin voraussichtlich vom 5. bis 8. April Gäste des italienischen Kaiserpaars sein werden. Auf der Seimreise von Rom trifft das Kronprinzenpaar am 9. April in Wien zum eintägigen Besuch Kaiser Franz Joseph ein, worauf die Rückreise nach Deutschland erfolgt.

Ueber die festlichen Veranstaltungen, die aus Anlaß der Anwesenheit des Kronprinzenpaars in Wien geplant sind, wird von dort gemeldet: Bald nach der Ankunft findet in den Alexander-Apartments in der Hofburg, wo das Kronprinzenpaar absteigt, ein Familienbesuch statt. Am 14. Uhr im großen Galatsaal in der großen Galerie im Schönbrunner Lustschloß. Nach dem Diner fährt das Kronprinzenpaar in die Hofburg, wo im Jermeniensaal eine Sotree und Konzert mit den Kräften der Hofoper veranstaltet werden. Die Abreise erfolgt am Montag mittag.

Ausland.

Niederlage der marokkanischen Rebellen.

8 Aus Paris wird gemeldet: Nach einem über Tanger eingetroffenen Bericht des Majors Wangin hat ein sechs hündiges Geschw. zwischen den von französischen Offizieren ausgebildeten, von drei Kanonen unterstützten Sultanstruppen gegen die nach altem System kämpfenden Scherardaleute stattgefunden; er endete mit völliger Unterwerfung der letzteren. Die Stimmung in Fez ist infolge dieses ersten großen Sieges europäischer Truppen sehr europäisch.

Die Wirren in Mexiko.

* Aus Washington wird gemeldet: General Wood erklärte, die gegenwärtig in Texas versammelten Truppen würden auf unabsehbare Zeit dorthin zusammengehalten werden. Für den Patrouillendienst längs der Grenze würden bloß drei Regimenter Kavallerie, ein Regiment Infanterie und eine Abteilung Artillerie verwendet. Der jetzt durchgeführte Mobilisierungspan sei vom Generalstab vor vier Jahren vorbereitet worden. Mit Ausnahme einiger durch ungenügende Bahnverbindungen verzögerter Verbände sei die Ausführung auf das exakteste gelungen. Alle Truppen waren vor bis sechs Stunden nach dem Eintreffen der Order marschbereit. Die freiwilligen Milizoffiziere werden in der nächsten Woche verteilt und sollen in Gruppen von je zweihundert zweiwöchentlichen Dienst leisten. Bisher haben sich 2000 gemeldet. Der mexikanische Finanzminister Linao antwortet warnt in einem neuen Interview die Amerikaner, die sich den Rebellen anschließen, vor dem Scheitern, das sie zu erwarten hätten. Man würde auf sie keine Rücksicht nehmen. Der Minister beschuldigt die Amerikaner, durch ihre Sympathie sowie durch finanzielle und aktive Hilfe die Rebellen angetrieben und aufrecht erhalten zu haben, ohne die sie längst überwinden wären. Mexiko sei durchaus nicht amerikanisch feindlich gesinnt, aber Mexiko sei für die Revolution verantwortlich.

Remont, 15. März.

aus der Stadt Mexiko ist gestern vormittag in Veracruz ein Aufstand ausgebrochen. Ein Amerikaner wurde getötet, sechs Polizeibeamte verwundet. Die Tore eines Gefängnisses wurden geöffnet, so daß 70 Gefangene entweichen konnten. Ein im Hafen liegendes Kriegsschiff und die Marinebatterien unterließen die Zivil- und Militärbehörden. Die französischen Interessen wird ein französisches Kriegsschiff wahrnehmen.

Beurteilung zweier Mafrosen zum Tode.

8 Aus Paris wird gemeldet: Das Kriegsgericht hat die beiden Mafrosen Cuequen und Lemarcant wegen Ermordung eines Kameraden zum Tode verurteilt. Beide haben, wie erinnert sein dürfte, am 12. Jan. in Ajaccio auf Korfu den Mafrosen Carrel ermordet, weil sie wußten, daß er im Besitz von 100 Fr. war. Sie raubten ihm das Geld und warfen die Leiche in einen Graben.

Halle und Umgebung.

Hallischer Bürger-Verein.

In der recht zahlreich besuchten Ausschlußung am 9. d. Mts. berichtete Herr Stadtvorredner Kerner eingehend über die letzten Stadtvorordnetenversammlungen.

Die nächsten Stadtvorordnetenwahlen führen Johann zu einer interessanten Aussprache. Es sprechen in der dritten Abteilung aus: die Herren Gerner, Gerner, Gerner, Dr. Hartung, Kühme, Meyer, Kerner, Gerner, Gerner und Thiele. Der Vorstand wurde erlußt, die Stadtvorordnetenwahlen energisch vorbereiten und in der Ausschlußung im Mai über die Kandidatenliste Bericht zu erstatten. Es wurde ferner erlußt, festzustellen, ob der Allgemeine Bürgerverein für städtische Interessen noch besteht, in wessen Händen zurzeit die Leitung ruht und ob das feinerzeit mit ihm getroffene Abkommen über Aufstellung eines Kompromißkandidaten noch aufrecht erhalten wird. Zutreffendfalls empfehle es sich, daß der Ausschluß das Abkommen als bindend betrachtet, den Kandidaten des Allgemeinen Bürgervereins für städtische Interessen zu nennen, damit die Liste der dritten Abteilung nicht aus abgeschloffen werden kann. Bei Besprechung der Kandidatenliste wünschte der Sozial. Ausschluß sowie der Vorstand des Vereins für den Bau von Kleinwohnungen möglichst je ein Mandat in der dritten Abteilung. Eine Zulage konnte nicht gemacht werden.

Obwohl die letzten Stadtvorordnetenwahlen in der zweiten Abteilung nicht zu einem Geleit geführt haben, soll auf einstimmigen Beschluß des Ausschusses wiederum eine eigene Kandidatenliste aufgestellt werden. Es wurde empfohlen, unter Berufung auf das Programm des Hallischen Bürgervereins, Propaganda für seine Kandidaten zu machen. Welches wäre die diesjährige Wahl zu einem glücklichen Abschluß geführt werden.

In der Vorstandsvorstandssitzung wurde Herr Mittelhauf-lehrer Böcker einstimmig durch Zuruf als Vizepräsident gewählt. Der Sozial. Ausschluß veranstaltet in nächster Zeit eine Reihe von interessanten Vorträgen. Er erlußt die Mitglieder des Ausschusses, insbesondere des Hallischen Bürgervereins, recht zahlreich dazu zu erscheinen.

Die nächste Ausschlußung findet in den letzten Tagen des April d. J. statt.

Der Innungs-Ausschluß Halle lädt zur öffentlichen Veranstaltung am Freitag, den 17. März, abends 8 1/2 Uhr nach dem Restaurant „Zum Schultze“, Poststraße, ein. Es liegt folgende Tagesordnung vor: 1. Jahresbericht, 2. Festsetzung des Haushaltsplanes für das Geschäftsjahr 1911 und Wahl der Mitglieder zur Prüfung der Jahresrechnung für das am 31. März ablaufende Geschäftsjahr, 3. Beschlußfassung über die weitere Verwendung des Ausstellunsfonds, 4. Geschäftsabschlussausstellung 1911, 5. Berichtswahl, 6. Beschlußfassung über die Feier des 25jährigen Bestehens des Innungs-Ausschusses, 7. Verschiedenes.

Im Verein für Handlungscommiss fand in der letzten Monatsversammlung ein Vortrag über die Pensionsspezifikation statt. Hierauf anschließend wurde eine Resolution gefaßt. Der Vorstand des Vereins besteht jetzt aus folgenden Herren: 1. Vorsitzender Fritz Hartmann, Kaufmann, Stellvert. Vorsitzender Heinrich Hagemeier, geschäftsführender Schriftführer Wilhelm Baer, protokollierender Schriftführer Reinhold Schöne, 1. Kassierer Heinrich Wendel, Stellvert. Kassierer Friedr. Gareis, Bibliothekar und Berichterstatter Paul Pollert, Stellvert. Bibliothekar und Paul Wade. In diesem Abend wurde dann noch eine engere Vereinigung des Bezirks Halle gegründet. Am Freitag findet im „Muglitzernbräu“ abends 8 1/2 Uhr ein Aufschießvortrag mit Lichtbildern statt, wozu von Herrn Direktor Baer gebeten wird.

Der Ober-Kriegs-Geschichte Nr. 52 veranstaltet am 19. März eine Wohlthätigkeits-Aufführung in der „Thalia-Sälen“ zum Nutzen der Kaiser-Waisenanstalt. Willensverkauf bei Ritz, König, Schmeerstraße, Steinbrecher u. Zipser, Schreinerstraße, Ecke Geilstraße, Diebe, Geilstraße, Hesse, Händelstraße, und Radwiz, Bernburgerstraße.

Kirchliche Nachrichten.

U. v. Frauen. Freitag, den 17. März, abends 6 Uhr: Vastions-gottesdienst, Superint. D. Wächter (Gertraudenkapelle).

Gerichtsverhandlungen.

Zum Streit zwischen Krankenassen und Ärzten. Vor etwa Jahresfrist beschloß sich die Gesellschaft mit der Kampfbewegung des Geschäftsführers des Leipziger Ärzteverbandes beim Hofgericht. Dieser sollte den an den von der Aufsichtsbekörde geleiteten Einigungsverhandlungen teilnehmenden Ärzten telephonisch folgende Instruction gegeben haben: „Verfahren Sie äußerst höflich; sehen Sie genau zu, wie die Hosen laufen, danach operieren Sie. Halten Sie sich im Hinterhalt; wenn Sie feindlich den Anregungen der Herren entgegen; später, wenn wir das Selt in Händen haben, können wir die Sache noch nach unserem Geschmack drehen.“ Nach Erklärungen der Hofgericht Krankenassens strengte der Leiter des Leipziger Verbandes Beleidigungsklagen an. Diese ist zum Austrag gekommen und das Urteil folgt nunmehr im Wortlaut vor. Die Krankenassens werden danach von der Beschuldigung der Beleidigung freigesprochen. Sie hätten nachgewiesen, daß der Generalsekretär des Leipziger Verbandes öffentlich die Lüge bezeugt worden sei. Das Telephongespräch mit den obigen Bemerkungen werde durch drei an dem Streite unbetheilte Diktoren bewiesen. Der Arzt, mit dem das Gespräch geführt worden ist, und der Generalsekretär des Leipziger Verbandes selbst erklärten weniger zuverlässig, da diese sich anfänglich des Gesprächs überhaupt nicht mehr entsinnen konnten. Wenn auch angenommen würde, daß der Generalsekretär nicht Kampfbewegung entwickelt habe, die vom moralischen Standpunkt aus Scharfe zu verurteilen seien, so sei doch die Herausforderung der Kassen in Beauftragung berechtigter Interessen gegeben und schon deshalb müsse Preispruch erfolgen. Eine Widerlage konnte nicht herbeigeführt werden, da Verjährung geltend gemacht wurde. Wegen dieser Widerlage haben die Kassen ein Viertel der gerichtlichen Kosten des Verfahrens zu tragen; alle übrigen Kosten einschließlich der notwendigen Auslagen der Krankenassens wurden dem Leiter des Leipziger Verbandes auferlegt.

Provinzial-Nachrichten.

Große Durchsticheien.

Müherleben, 14. März. Größere Diebstähle sind in der hiesigen „Terra“-Mittelschiffahrt für Saunensand entdeckt worden. Die Diebstahlschiffe wurde lange Jahre hindurch betrieben. Verschiedene Arbeiter, die zum Teil länger als 20 Jahre bei der Schiffahrt beschäftigt sind, haben nach und nach Tausende von Markt Samen an auswärtige Firmen verkauft; ja verschiedene Firmen sollen den betr. Arbeitern direkt Aufträge auf bestimmte Samenorten erteilt haben, die dann auch in der Mehrzahl der Fälle ausgeführt wurden. Es handelt sich dieses nur Samen

kerien, die als neue Samenarten ganz erheblichen Wert repräsentieren und auf die es die auswärtsigen Firmen aus Kontinentarabstehen abgeben hatten. Neben einem ausgebeuteten Diebstahlsprozeß steht also auch ein Schleichprozeß bevor.

Walden, 15. März. (Gemeindeetat.) In der letzten Sitzung der Etatskommission wurde der Etat für das Jahr 1911/12 beraten. Der Vorliegende, Herr Gemeinde-Vorsteher Hahn, bezeichnete die finanzielle Lage der Gemeinde als günstig, wenn auch die neue Etat eine bedeutend höhere Summe aufweise. Der alte Etat schloß mit 99 700 Mark ab, der neue erreicht die Höhe von 128 200 Mark. Der neue Etat wird allen neuzeitlichen Bedürfnissen gerecht. Die Salzfische Straße wird neu ausgebaut und mit gepflasterten Bürgersteigen versehen, auch soll die meiste Kanalisation berichtigt und der Barmherzigkeitsstraße fertiggestellt werden. Ein neuer Sprengwagen soll angeschafft werden, um den lästigen Staub im Sommer zu bannen. Ferner will man einen Tiefbauschlepper anstellen und den schon vor längerer Zeit beschlossenen Neubau eines Feuerwehrturmes ausführen. Mit der Begründung unseres Ortes sind auch verschiedene Positionen in der Ausgabe gewachsen. Die Kreissteuer ist von 16 200 Mark auf 17 640 Mark, die Armenunterstützung von 2300 Mark auf 3400 Mark gestiegen. Der jährliche Jubiläum zu den Schullassen wußt durch Anstellung einer neuen Lehrkraft und Inanspruchnahme einer neuen Unterrichtsstufe von 25 600 Mark auf 29 000 Mark. Trotzdem ist eine Erhöhung des Steuerfußes auf 140 Prozent nicht erforderlich.

Walden, 15. März. (Gemeindevertretung.) Die letzte Gemeindevertretung fand in der Beiseinsitzung statt und beschloß, die Kreismedaillen aus der Gemeindekasse zu bezahlen. Der neue Gutschaftsplan für 1911/12 erfordert in Einnahme und Ausgabe einen Aufwand von nur 18 835 Mark. Der Vorstoß des Herrn Landrats, der weiteren Ausbreitung der Perfingie Einhalt zu tun, fand keine Annahme, da man über den Nutzen resp. Schaden des Vogels geteilter Meinung war. — Bei dem letzten Vereinsanliegen wurden folgende Kriegsveteranen des hiesigen Kriegervereins durch den Herrn Vorsteher den Rudloff durch Ordensbänder mit der Zahl 40 ausgezeichnet, weil sie Mitbegründer des Vereins sind. Es waren folgende Herren: Malch, Köhlig, Baumgarten und A. Döfke. Mögen diese Herren noch lange leben dem Verein in alter Treue und Würdigkeit erhalten bleiben.

Walden, 14. März. (Die Stadtverordneten.) Der wählten 700 bis 1000 Mark zur Durchführung einer Wohnungsaffäre.

Walden, 14. März. (Steuerausgleichs.) Die Stadtverordnetenversammlung faßte den Beschluß, aus den letzten Verbänden der Stadtstelle einen Steuerausgleichsfonds zu bilden und in diesem Jahre 1000 Mark auf ein Sparfahrsbuch anzulegen, ebenso werden aus den Ueberflüssen des Wasserwerks 1000 Mark jinsbar angelegt.

Walden, 15. März. (Friedhofshändlung.) Auf dem hiesigen Gottesacker wurde ein totes Schwein zwischen zwei Gräbern eingegraben gefunden. Es handelt sich um einen Kadaver. **Walden, 14. März.** (Der Wagenmangel.) Ein in den Kreisen unserer Gipsindustrie schon häufig beklagtes Vorkommnis, macht sich jetzt wieder oft in unangenehmer Weise fühlbar. So fehlten gestern nicht weniger als 100 Wagen! Mit diesem Mangel ist eine so schwere Schädigung unserer heimischen Industrie verknüpft, daß hier lebhafter denn je der dringende Wunsch nach Abhilfe laut wird.

Walden, 14. März. (Bismarckfeier.) Auch in diesem Jahre wird der Aufführungsverband der Vereine Deutscher Studenten am 1. April, dem Geburtstag Bismarcks, auf der Katenburg unter der flammenden Bismarckfahne eine Feier veranstalten. Im Anschluß daran findet ein Kommerz in der Bürgerkassette statt.

Walden, 13. März. (Wissensverkauf.) Der Landwirt Otto Magdeburg kaufte das Gut des Landwirts Paul Richter hier, das etwa 60 Morgen faßt. Der neue Besitzer beabsichtigt auf dem großen Gartengrundstück, das zu diesem Gute gehört und sich dazu vortrefflich eignet, eine Zieranlage anzulegen.

Walden, 14. März. (Nach dem Vorgange der Letzte) in vielen anderen Städten haben sich auch die hiesigen Vereine entschlossen, eine beschränkte Sonntagsruhe einzuführen. Vom 1. April an werden sie an Sonn- und Festtagen keine Sprechstunden mehr halten und die Besuche einschränken. Für ärztliche Besichtigungen, die Sonn- und Festtags nach 12 Uhr mittags verlangt werden, wird die doppelte Tage berechnet werden.

Walden, 15. März. (Verfuchter Kirchenraub.) In der vergangenen Nacht wurde in der St. Agnus-Kirche eingebrochen. Der Einbrecher hat mit einer Brechstange die Kirchenkasse ausgehoben. Jedoch muß er verunglückt worden sein, denn von den Wertgegenständen fehlt nichts. Der Einbrecher hat seine Einbruchwerkzeuge in der Kirche zurückgelassen.

Luftschiffahrt.

Ballonfahrt.

Ballon „Halle“ (Flüher Prof. Gohs-Halle) und Ballon „Nordhausen“ (Flüher Bergmeister Liesenmann, Mitfahrer Dr. Schotte-Wippra, Gerichtsbeisitzer Steiner-Dehlich, Bergreferendar Ludovic-Nordhausen) stiegen am Sonntag 3/8 Uhr morgens gleichzeitig bei der Ballonhalle Bitterfeld auf.

Die Ballone nahmen Richtung nach Ostnordost und fuhren anfänglich in niedriger Höhe bis etwa 300 Meter. „Halle“ stieg zunächst etwas voraus, wurde aber bald von „Nordhausen“, der wegen der etwas höher vermuteten größeren Windgeschwindigkeit auf 500 Meter gebracht war, eingeholt. Man verständigte sich noch nach etwa 2 Stunden durch Signale über Höhen, Ballast und Windverhältnisse. Man überstieg „Nordhausen“, sich in Höhen zwischen 400 und 600 Meter haltend, in der Höhe der Ballone aus Sicht verloren. „Halle“ landete 3/4 Uhr nachmittags, also nach 7 1/2 stündiger Fahrt, noch Zurücklegung einer Wegstrecke von 140 Kilom. sehr glatt bei Beesdom, „Nordhausen“, der gleich wie „Halle“ den Spreemund überflogen hatte, parkierte noch weiterhin Frankfurt a. O. und wurde 4 1/2 Uhr nachmittags, nach 8 1/2 stündiger Fahrt und Zurücklegung einer Wegstrecke von 200 Kilom. bei Drollen am Schlepplift herabgelassen. Hieselbst wurde, die bei der männlichen und weiblichen Jugend Drollen viel Ansehen fanden, biterten den Dank der Ballonfahrer für die Hilfsbereitschaft.

Ballon „Halle“ hatte 8 1/2 Ballast mit auf den Weg bekommen, „Nordhausen“ dagegen 53. Die Rollen waren also nicht gleich verteilt. „Nordhausen“ konnte im Gegenfall zu „Halle“ im letzten Teile der Fahrt Höhen bis 1600 Meter aufsteigen und hat hauptsächlich erst in dieser Höhe

den Körper von 60 Kilom. bekommen. Die Durchschnittsgeschwindigkeit für „Halle“ betrug 18 Kilometer in der Stunde, die für „Nordhausen“ dagegen 22 Kilometer.

Ein neuer Flugapparat. Der außerordentliche Professor der Medizin und Oberarzt der chirurgischen Universitätsklinik Dr. Boecker in Heidelberg hat sich der Aviation zugewandt. Er ist bereits mit einem Gefährt nach Obersdorf im Anflug abgereist, um einen von ihm konstruierten Apparat fertigzustellen und auszuprobieren.

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten.

Geh. Rat Prof. Dr. Alfred Bend, der Geograph der Berliner Universität, ist zum Ehrenmitglied der Geologischen Gesellschaft in Südbotzica ernannt worden. — Der Kapit ernannte den Universitätsprofessor Dr. Heinrich Kellner in Bonn anlässlich seines 50jährigen Priesterjubiläums zum päpstlichen Hausprälaten.

Prinzregent Luitpold und die Künste.

Aus Petersburg wird gemeldet: Auf Vorschlag der Großfürstin Maria Fajomna, der Präsidentin der Akademie der Künste, hat die Akademie den Prinzregenten von Bayern für seine hohen Verdienste um die Förderung der Künste einstimmig zum Ehrenmitglied der Akademie gewählt.

Die Abgeordneten Dr. Friedberg, Graf Claron d'Hausoville und Dr. Newald haben zur zweiten Beratung des Etats des Ministeriums der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten für das Etatsjahr 1911 bei dem Kaiserliche Ausschüsse, am 19. folgenden Antrag gestellt: Das Gaus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung zu ersuchen, die Errichtung einer nichtstaatlichen Universität in Frankfurt a. M. Main nicht anders als auf Grund eines Gesetzes zu genehmigen.

Die Einweihung des Seibel-Museums in Weßfelden wird am 18. März stattfinden. Professor Krumm aus Kiel wird voraussichtlich die Festrede übernehmen. Dann folgt eine Besichtigung der Sammlungen. Amends wird der Entschlafenenverein „Dramat“ den zweiten Teil der „Mühsungen“ und „Siegfrieds Tod“ aufspielen.

Vermischtes.

Mühsungen verschwinden.

Aus Magdeburg meldet das „B. L.“: An das Verschwinden des Krefelder Kaufmanns Girmes erinnert das geheimnisvolle Verschwinden eines jungen Telegraphenbeamten, der in den Diensten der „Telefunken-Gesellschaft“ an Bord des Lloyd-Dampfers „Bremen“ tätig war. Der Dampfer „Bremen“, von dem bekanntlich auch der Kaufmann Girmes verschunden ist, befand sich am 4. März auf hoher See auf der Fahrt nach Amerika. Der Beamte Weinreich aus Magdeburg hatte sich bis 2 Uhr morgens mit einigen Bekannten auf Deck unterhalten und war dann in seine Kabine schlafen gegangen. Als er am nächsten Morgen seinen Dienst antreten sollte, war er verschwunden. Die Durchsicherung der Kabine ergab, wie die Verwandten behaupten, daß der Raum von fremder Hand durchsucht war und daß alle Kisten und Schubladen gewaltsam geöffnet waren. Eine Fensterhebel war zertrümmert. Auch soll einiges Geld gestohlen worden. Das Seemann in Bremerhaven, das sich als erste Infanz mit der Angelegenheit zu befaßen hatte, entschied, daß Weinreich das Opfer eines „unangelegten Unfalles“ geworden sei. Die Verwandten wandten sich jetzt an die Oberstaatsanwaltschaft in Hamburg, aber diese lehnte jede weitere Erörterung der Angelegenheit ab. Damit sind die Rechtsmittel der Angehörigen vorläufig erschöpft. Sie haben jetzt die Pflicht, die Sache im Reichstag zur Sprache zu bringen und die Regierung interpellieren zu lassen.

Doppelmord.

Aus Dömitz wird gemeldet: Ein grauenvoller Mord wurde an den Brüdern R. i. i. in Stroh bei Danenberg verübt. Die Täter, welche verhaftet werden konnten, sind zwei beim Bahnbau Danenberg-Blüchom beschäftigte polnische Arbeiter. Ansehend handelt es sich um Raubmord, da die beiden Brüder als wohlhabende Hofbesitzer bekannt waren. Dem Verbrechen muß ein harter Kampf zwischen den Räubern und ihren Opfern vorangegangen sein. Darauf deutet auch der Umstand hin, daß der eine Bruder auf der Diele, der andere auf dem Hof erschlagen aufgefunden worden ist. Die Wirtshafterin des ermordeten Bruderpaars hatte sich rechtzeitig durch einen Sprung aus dem Fenster retten und Nachbarn herbeiholen können, denen die Festnahme der Mörder gelang.

Tragödie eines Studenten.

Ein deutscher Student der Rechtswissenschaften mit Namen Georg Grohmann hat sich in einem Hotel des Universitätsviertels in Paris mit Blausäure vergiftet. In einem Brief an seine Brüder und Schwestern bittet er, seine Verlebe der Wiffenschaft zu überlassen, damit die Berauftragungsverhältnisse an seinem Körper studiert werden können. Die Gründe des Selbstmordes sind unbekannt. Grohmann lebte in geregelten Verhältnissen.

Tragödie einer Fünfschneidigen.

Aus Frankfurt vor der Anmarschierungsanstalt sprang Dienstanwärterin die 15 Jahre alte Marta Beeslow aus dem Fenster der zweiten Etage in Berlin. Das junge Mädchen behauptete einen ausgeprägten Drang zum Raubondieren. Aus jeder Hinsicht, in die sie die Eltern brachten, verstand sie nach weinenden Tagen, trieb sich Tag und Nacht in liebesüchtiger Geistesart umher und lernte dann in völlig vernachlässigter Kleidung in die öffentliche Meinung zurück. Als alle Ermahnungen nichts fruchteten, faßten die Eltern den Plan, das Kind in eine Anmarschierungsanstalt unterzubringen. Da die Fünfschneidigen in den letzten Tagen wieder Miene machte, aus der Wohnung unversehrt zu verschwinden, wurde sie von der Mutter, die die Fortsetzung im Hause verweigert, in ihrem Zimmer eingeschlossen. Als am Nachmittag die Mutter von einer Besorgung nach Hause zurückkehrte und den Hof betrat, fiel ihr die Tochter, die aus dem Fenster gerollt war, vor, so daß die Fünfschneidigen und über mit einem schweren Bedenbruch und mit gebrochenen Beinen auf dem

Asphalt liegen. Man schaffte das befinnungslose Mädchen in die Wohnung und von dort auf ärztliche Anordnung in einem Krankenwagen nach dem Krankenhaus Westend. Es dürfte kaum mit dem Leben davontommen.

Das Testament der Köchin. In München hat eine Köchin in der Stadtgemeinde 11 300 Mark vermacht, deren Zinsen je zur Hälfte für die Stadtarmen und als Stipendium für römisch-katholische Theologiestudenten verwendet werden sollen.

Verwerfungstat. In Mannheim erschloß der Registrator Heide seine beiden Kinder im Alter von 2 1/2 und 10 Jahren und dann sich selbst. Seine beiden älteren Kinder waren während dieser Zeit nicht zu Hause. Heide hat die Tat aus Verzeiwung ausgeführt, weil seine Frau vor einigen Tagen in die Zrenamtskassette gebracht worden ist.

Die Einflüsse am Bekauater. über die wir berichtet, dauern noch immer fort. Sie sind von heftigem unterirdischen Rärm begleitet. Der obere Endbahnhof der Bahnhofsbahn ist stark befeuchtet. Der Sturm, der auf dem Meeresfeld, verändert der seismische Beobachtungen.

Die Hinterlassenschaft des Jodess. Es hat sich jetzt herausgestellt, daß sich der Wert der Hinterlassenschaft des vor einiger Zeit verstorbenen Jodess Tom Logies auf nicht weniger als 1 480 000 M. beläuft. Er war in seinem Beruf beständig sehr vom Glück begünstigt und fand jahrelang in den Diensten Leopold von Rothschilds, der selbst die finanziellen Operationen seines Jodess überwahte und sie in die richtigen Bahnen leitete.

Lezte Nachrichten.

Die Wirren in Mexiko.

H. Newport, 15. März. Aus El Paso kommt die Meldung, daß Madero mit 1000 Mann auf Juarez losmarschiert, wo Roarata mit 500 Mann Regierungstruppen sich befindet. — Der „Times“ zufolge ist die Lage in Cahuah äußerst befechtlich. 5000 Insurgenten belagern die Stadt, worin 2500 Truppen stehen. Die Vorräte sind sehr knapp. 800 Insurgenten nähern sich noch. Das Blatt meldet weiter, daß 10 000 Anzuhilfen in Nord-Mexiko bereit seien, loszubrechen. — Dem „Seralo“ zufolge ist der Ausbruch bedeutender Unruhen, besonders antimexikanischer Demonstrationen, in der Stadt Mexiko jeden Augenblick zu erwarten. Die Regierung trifft umfassende Maßregeln.

Newport, 15. März. Fünfehn Amerikaner, die mit General Madero fochten, sind gefangen genommen und angehängt bereits erschossen worden. Die Rebellen behaupten, daß sie 12 000 Mann unter den Waffen hätten.

Neuer kommandierender General.

h. Köln, 15. März. (Privat-Telegramm.) Wie verlautet, steht die Beförderung des Kommandeurs der 15. Division, Generalleutnant v. Gallwitz, zum kommandierenden General bevor. v. Gallwitz dürfte das 4. Armeekorps in Magdeburg erhalten. — Der Gouverneur der Festung Köln, General der Infanterie Sperling, beabsichtigt, seinen Abschied zu nehmen.

Das deutsche Kronprinzenpaar in Wien.

Wien, 15. März. Auf Anordnung Kaiser Franz Josephs werden für den zweitägigen Aufenthalt des deutschen Kronprinzenpaares in Wien außerordentliche Vorbereitungen getroffen. Die Apartments der Kronprinzessin erhalten reichsten Blumen Schmuck. Sonntag wird das Kronprinzenpaar den Kaiser in Schönbrunn besuchen. Dann folgen Warten bei der Erbschloß. Sonntagabend findet im Schönbrunner Schloß ein Diner statt; Montag werden die Wiener Sehenswürdigkeiten besichtigt.

Nachspiel der Mordaffäre Paterno.

Mailand, 15. März. Der Mord, den der Leutnant Paterno an der Gräfin Trigona verübte, hat in Florenz ein Nachspiel gehabt. Das Offizierkorps des dortigen Karabinieriregiments führte sich durch einen Artikel der Zeitung „La Voce“ beleidigt. Ein Offizier wurde bestimmt, den Chefredakteur des Blattes zu fordern. Er stellte ihn auf der Straße und gab ihm eine Ohrfeige. Der Redakteur wehrte sich, und es entstand eine regelrechte Prügelei, bis Passanten dem Kampfe ein Ende machten. Das Duell wird nun wahrscheinlich zustande kommen.

Cydon.

Florenz, 15. März. Ein heftiger, zyklonartiger Sturm hat in Viareggio großen Schaden angerichtet. Die Marmorbearbeitungswerkstatt wurde zerstört, wobei fünfzehn Personen verletzt wurden.

Vermischte Drahtnachrichten.

Kaiserslautern, 15. März. Der Maler Joh. Fischeit erschloß seine Geliebte Barbara Ditz und verletzete sich dann selbst schwer, jedoch nicht lebensgefährlich.

Solingen, 15. März. Durch die Vermittlung des Arbeiterverbandes wurde der Streik und Ausfall bei der A. G. Wegersberg, Kirchbaum & Co. beendet.

Wien, 15. März. Das Liebespaar, das sich gestern in Wien erschloß, kam tatsächlich aus Bitterfeld. Der Mann ist mit dem Mechaniker Otto Ziegler aus Bitterfeld identisch.

Unterhaltungsblatt.

Gräfin Lohbergs Entlein. Roman von Fr. Lehne (Fort.) — Der Böhnhale. Von Adolf Start-Marienbad. — Literatur.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Bericht, Handel: Eugen Brinckmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Meiner; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Schwabwanger; für den Anzeigen-Teil: Albert Barth. Druck und Verlag von Otto Hendel. Stämlich in Halle a. S. — Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich Unterhaltungsblatt.

